

# Kiesabbau östlich der Zeiler Straße und dem Blum-See

## Chronologischer Abriss



### Vorbemerkung

Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde der Regionalplan für die Planungsregion 3 (Main-Rhön) fortgeschrieben. Dabei sollte u.a. der Abbau von Bodenschätzen geregelt werden. Auf der Gemarkung Sand waren davon drei Flächen betroffen:

1. Saure Wiesen (westlich des Campingplatzes,
2. Nordöstlich Sand (Fläche, die derzeit von der Fa. SKD als Nachfolgerin der Fa. Kümmel, die den Kiesabbau begonnen hatte)
3. Fläche östlich der Kreisstraße HAS 16 (ehemalige Staatsstraße 2427 wurde zur Kreisstraße abgestuft) bis zum derzeitigen Abbaubereich.

Bürgermeister Bernhard Ruß ist seit 1996 Kreisrat und wurde vom Kreistag als Mitglied in den Regionalen Planungsausschuss entsandt. Deshalb erfuhr er frühzeitig von den Planungen des Regionalen Planungsverbands.

Die Fläche 1 und 2 waren unstrittig. Eine Erweiterung (Fläche 3) war aus Sicht der Gemeinde nicht akzeptabel. Bürgermeister Ruß führte im Gemeinderat einen Beschluss herbei, wonach die Gemeinde einen Abbau in diesem Bereich ablehnt. Mit dem Gemeinderatsbeschluss im Rücken argumentierte Ruß im Regionalen Planungsausschuss und erreichte, dass die Fläche aus dem Regionalplan gestrichen wurde. Wäre das Gebiet als Vorrangfläche im Regionalplan verblieben, hätte die Firma SKD als Nachfolgerin der Fa. Kümmel einen Rechtsanspruch auf Ausweisung einer Kiesausbeutefläche. Dann wäre jeder Widerstand dagegen im Voraus zum Scheitern verurteilt.

Die Festlegungen des Regionalplans wurden vom Gemeinderat Mitte 2000 bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplans in geltendes Gemeinderecht umgesetzt. Im derzeit gültigen Flächennutzungsplan vom 23.12.2006 sind das derzeitige Abbaugelände und eine Fläche in den Sauren Wiesen als Kiesausbeutegelände ausgewiesen, die Fläche zwischen der Staatsstraße und dem jetzigen Abbaugelände als landwirtschaftliche Nutzfläche.

Diese Rechtslage hat Bestand so lange der Gemeinderat nichts anderes entscheidet. Soll die Rechtslage so bleiben, bedarf es keines weiteren Beschlusses. Auf diese Position hat sich der Gemeinderat in der Vergangenheit berufen, zuletzt in seiner Gemeinderatssitzung am 4.8.15.

Nachfolgend die wesentlichen Auszüge aus Schriftverkehr sowie Protokollen von Sitzungen und Besprechungen.

## Niederschrift

über die Beratungen und Beschlüsse der Gemeinderatssitzung vom 22.07.1997.

Beginn: 19.00 Uhr      Ort: Sitzungssaal      Ende: 22.55 Uhr

### Auszug aus dem Protokollbuch

#### Öffentliche Sitzung:

**1. Gesamtfortschreibung des Regionalplanes „Main-Rhön“;  
hier: Stellungnahme der Gemeinde Sand zu Änderungen von Vorbehalts- und Vorrangflächen für  
die Gewinnung und Sicherung von Bodenschätzen (Sand und Kies, Sandstein, Gips)**

2. Die Gemeinde Sand beantragt die vorgesehene Ausweisung für das westlich angrenzende Gebiet bis zur ST 2427 (jetzt: HAS 16) als Vorbehaltsfläche zu streichen. Sollte dem Antrag der Gemeinde Sand nicht stattgegeben werden, wird Bürgermeister Ruß beauftragt, alle rechtsstaatlichen Mittel auszuschöpfen, um die Ausweisung zu verhindern.

Zu 2.: Die Gesamtfläche der Gemeinde Sand a. Main beträgt ca. 655 Hektar. Derzeit verteilt sich die Nutzung auf folgende Flächen: Bauflächen 131 ha (20 %), Straßen 52 ha (9 %). Flächen für Ver- und Entsorgung 2 ha, Grünflächen mit Campingplatz 19 ha (4 %), Land- und Forstwirtschaft 326 ha (50 %), Wasserflächen 59 ha (9 %), Flächen für Aufschüttungen und Ausgrabungen 25 ha (4 %), Naturschutzgebiet und Renaturierung 40 ha (6 %). Für den Planungsabschnitt bis zum Jahre 2005 sind die Realisierung von weiteren 30 ha (5 %) Bau-, Gewerbe- und Industrieflächen sowie von 36 ha (5,5 %) genehmigten Kiesausbeuteflächen geplant. Die Bauflächen mit Straßen erhöhen sich auf rund 33 % der Gemarkungsfläche, die Wasserflächen auf 12,37 %. Die Flächen für Land- und Forstwirtschaft verringern sich von rund 50 % auf 42 % der Gesamtgemarkungsfläche. Im Maintal, somit in Flächen mit Kiesvorkommen liegen rund 200 ha, somit 31 % der Gemarkung, 41 % der Flächen mit Kiesvorkommen werden in einigen Jahren vollständig ausgebeutet sein. Sollten weitere 50 ha Kiesvorbehaltsfläche hinzukommen, würde 20 % der Gemarkungsfläche Wasserfläche sein und rund 66 % der Fläche mit Kiesvorkommen würde ausgebeutet sein mit der Folge, daß 66 % des Kiesfilters für die Reinigung von Wasser in der Gemarkung Sand fehlen würden. Der weiteren Ausweisung von Kiesausbeutegebieten kann deshalb im Interesse einer geordneten Entwicklung der Gemeinde Sand nicht zugestimmt werden.

13:0

# Protokoll

**über die gemeinsame Sitzung des regionalen  
Planungsausschusses und regionalen Planungsbeirates  
des Regionalen Planungsverbandes Main-Rhön  
am 28. Juli 1997  
im Katholischen Pfarrheim  
in Oerlenbach**

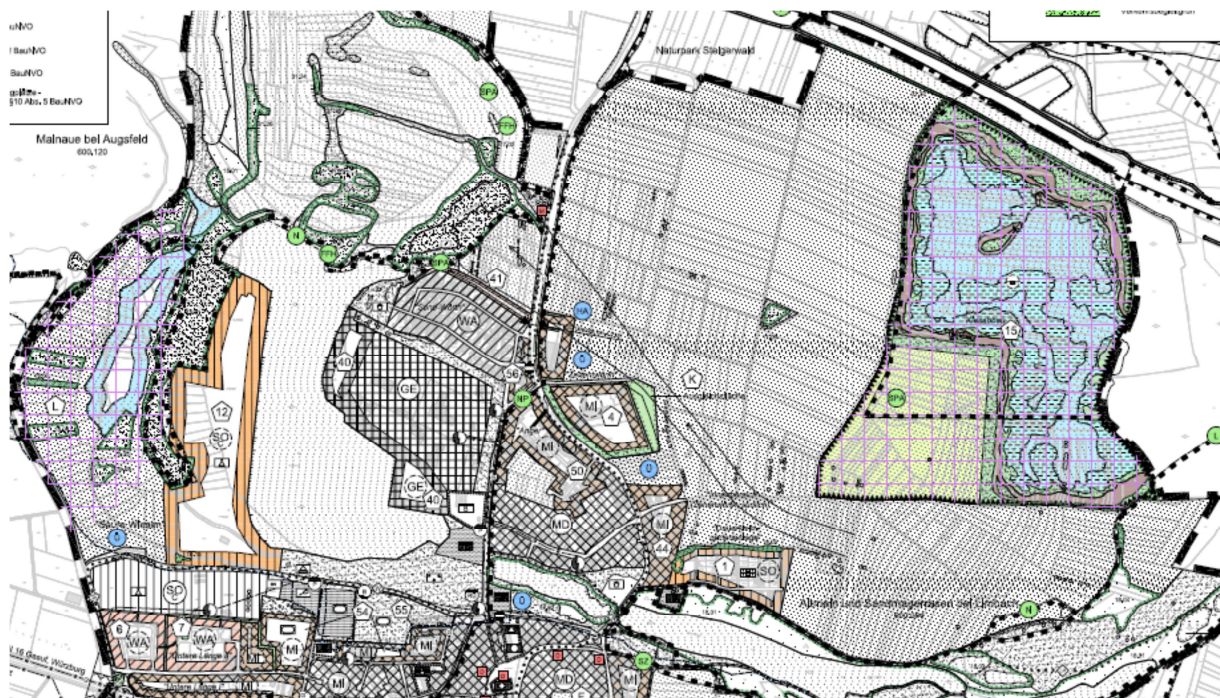
Auszug aus dem Protokollbuch

Brgm. Ruß, Sand a. Main, verdeutlicht anhand einer Folie detailliert die planerische Situation in seiner Gemeinde, welche bereits heute räumlich und topographisch an Grenzen stößt.

Dagegen wird die zusätzlich aufgenommene Vorbehaltsfläche bis zur St 2427 aus Gründen des Landschaftsschutzes und des Gewässerschutzes abgelehnt. Die geplante Fläche soll in der Gesamtfortscheidung gestrichen werden.

Vorsitzender Dr. Steigerwald dankt Brgm. Ruß für die klare Darstellung der Situation seiner Gemeinde. Er ist der Meinung, daß sich der Entwurfsverfasser bei der Regionalplanungsstelle nochmals mit der Thematik beschäftigen muß.

# Rechtsverbindlicher Flächennutzungsplan



## Niederschrift

über die Bürgerversammlung am 13.12.2011

**Beginn: 19.00 Uhr**

**Ort: Hotel Goger**

**Ende: 22.55 Uhr**

### **3. Anfrage der Fa. Sander Kieswerke Dotterweich (SKD) auf Erweiterung der Kiesausbeutefläche nördlich von Sand**

Bürgermeister Ruß erläutert eingehend den Sachverhalt, auch an Hand von Luftbildern.

Im Zuge der Fortschreibung des Regionalplans Main-Rhön im Jahre 1997 war von der Fa. Kümmel beantragt worden, die Flächen westlich des jetzigen Ausbeutegebietes bis zur Zeiler Straße von Vorbehaltsfläche für Kiesausbau auf Vorrangfläche für Kiesausbeute aufzustufen. In seiner Sitzung am 20.7.1997 hat der Gemeinderat beschlossen, dieser Aufwertung nicht zuzustimmen, sondern im Gegenteil, das westlich angrenzende Gebiet bis zur ST 2427 (jetzt HAS 16) komplett als Kiesausbeutegebiet zu streichen.

Bürgermeister Ruß hat die Argumentation in einer Sitzung des Regionalen Planungsverbandes in Oerlenbach vorgetragen. Daraufhin wurde die Fläche im weiteren Verfahren komplett aus der Planung herausgenommen.

2009 hat die Fa. SKD Dotterweich, die zwischenzeitlich die Fa. Kieswerk Kümme übernommen hatte, einen Antrag auf Erweiterung der Kiesausbeutefläche südlich des durch Planfeststellung genehmigten Ausbeutegebietes in Richtung Altmain gestellt.

Der Bauausschuss hatte in seiner Sitzung am 15.9.09 eine Variante in Richtung Süden zum Altmain hin favorisiert. In der Gemeinderatssitzung am 29.9.09 wurde jedoch kein Beschluss über eine Erweiterungsfläche getroffen. Vielmehr sollten weitere Gespräche mit den Beteiligten geführt werden.

In der Bürgerversammlung am 28.10.09 stellte Bürgermeister Ruß den Antrag der Fa. Dotterweich vor. Dabei wurden von Herrn Arnold Mühlfelder und Herrn Rudi Ruß Bedenken gegen die Erweiterung vorgetragen. Am 21.12.09 wurde Bürgermeister Ruß eine Eingabe mit Unterschriften gegen die Erweiterung der Kiesausbeuteflächen vom Bayerischen Bauernverband und der Jagdgenossenschaft übergeben. Neben den Verlusten der Flächen für die Landwirtschaft wurde insbesondere auf eine Veränderung des Abflussverhaltens bei Hochwasser und die steigende Hochwassergefahr für den Ortsteil Wörth hingewiesen.

In der Sitzung des Bauausschusses am 6.6.2010 informierte Bürgermeister Ruß Herrn Dotterweich darüber, dass das Wasserwirtschaftsamt Bad Kissingen eine kritische Haltung dazu einnehme und eine Erweiterung nur auf einer kleinen Fläche für möglich halte. Durch eine größere Wasserfläche würde die Fließgeschwindigkeit eines Hochwassers erhöht und hätte negative Auswirkungen auf den Gemeindeteil Wörth. Bürgermeister Ruß wies darauf hin, dass eine Erweiterung in südlicher Richtung nicht die Zustimmung der Gemeinde finden werde.

Am 21.6.11 fand ein Gespräch mit Herrn Dotterweich in der Verwaltung statt, bei dem er abklären wollte, inwieweit eine Ausbeute in westlicher Richtung denkbar sei. Bürgermeister Ruß erklärte, dass die Fa. Kümme die gesamte Fläche bis zur Straße im Regionalplan ausweisen lassen wollte. Die Gemeinde Sand habe sich jedoch dagegen gewandt und letztendlich durchgesetzt. Wenn eine Erweiterung erfolgen solle, dann könne sie nur in kleinerem Umfang im nördlichen Bereich erfolgen. Dabei müsse die Hauptströmungsrichtung bei Hochwasser um den Wörth herum in Richtung Main geleitet werden.

Die Fa. Dotterweich legte am 9.9.11 eine Variantenberechnung zur Erweiterung des Entnahmegebietes des Sand- und Kieswerks Dotterweich mit Berücksichtigung von Ausgleichsmaßnahmen vor. Gleichzeitig bat Herr Thomas Dotterweich, das Konzept dem Gemeinderat persönlich vorstellen zu dürfen.

Bei der Versammlung des Bayerischen Bauernverbands – Ortsverband Sand a. Main am 1.12.11 erörterte Bürgermeister Ruß mit den Vertretern der Sander Landwirte. Der BBV sprach sich aus Sicht der Landwirtschaft gegen die Erweiterung der Kiesausbeute aus. Er respektiert jedoch, dass die Entscheidung über die jeweiligen Grundstücke bei den Eigentümern liege.

Unabhängig von der Position der Gemeinde Sand strebt die Fa. SKD den Abbau von Sand und Kies in der Fläche zwischen Kreisstraße und derzeitigem Kiesabbau Gebiet an. Dazu wurde ein Scooping-Termin angesetzt. Ein Scooping-Termin dient der Vorberatung der voraussichtlich notwendigen Antragsunterlagen. Es geht dabei nicht um inhaltliche Fragen. Dennoch hat Bürgermeister Ruß im Vorgriff zu dem Scooping-Termin die bisherigen Beschlüsse der Gemeinde Sand zur Kiesausbeute der Regierung von Unterfranken zur Kenntnis gegeben. Auch hat er bei dem Termin die Position der Gemeinde zum Ausdruck gebracht.

**Von:** Bernhard Russ

**Gesendet:** Dienstag, 10. Dezember 2013 10:16

**An:** 'Birgit.Steppich@reg-ufr.bayern.de'

**Cc:** Matthias Klauda

**Betreff:** AW: Ortstermin für den Sandabbau der Fa. Sand- und Kieswerke Dotterweich GmbH

Sehr geehrter Frau Steppich,

wie heute telefonisch besprochen, übersende ich Ihnen einige Protokolle zu der Thematik

„Erweiterung der Kiesausbeute in Sand a. Main“.

Mit freundlichen Grüßen

**Bernhard Ruß**

1. Bürgermeister

Kirchplatz 2

97522 Sand a. Main

**Ergebnisprotokoll zur Besprechung zum geplanten Quarzsandabbau der Fa. Sand- und Kieswerke Dotterweich GmbH am 20.12.2013 in Sand am Main**

**hier: Überprüfung der Notwendigkeit zur Durchführung eines Raumordnungsverfahrens**

### Teilnehmer

Fa. Sand- und Kieswerke Dotterweich GmbH: Herr Thomas Dotterweich

Gemeinde Sand am Main: Herr Bgm. Ruß

LRA Haßberge: Herr Janik (Wasserrecht und Naturschutz) und  
Herr Husslein (Naturschutz)

WWA KG: Herr Schneider

RvOfr., Bergamt Nordbayern: Herr Grundmeier

RvUfr., SG 24: Herr Weidlich, Frau Steppich

### III. Ergebnisse

Herr Bgm. Ruß lehnt die vorgeschlagene Flächenerweiterung der Fa. SKD unter Berufung auf einen Gemeinderatsbeschluss bzw. einen Beschluss des Bauausschusses und unter Hinweis auf eine Bürgerversammlung ab. Hauptargumente aus Sicht der Gemeinde gegen einen weiteren Abbau sind v. a. das weitere Heranrücken der abbaubedingten Wasserflächen an die Siedlungsbereiche in Wörth. I. d. F. befürchtet bzw. erwartet die Gemeinde im Überschwemmungsfall eine höhere Fließgeschwindigkeiten des Wassers und höhere Pegelstände.

## **N i e d e r s c h r i f t**

**über die Beratungen und Beschlüsse der Gemeinderatssitzung am 21.1.2014**

**Beginn: 19 Uhr**

**Ort: Pfarrsaal**

**Ende: 21.50 Uhr**

### **Ö 5. Anfragen und Bekanntgaben**

#### **d) Genehmigungsverfahren für die Erweiterung der Kiesausbeute**

. . . . Der Regierung von Unterfranken wurden die geltenden Gemeinderatsbeschlüsse, dass keine weitere Kiesausbeute erfolgen soll, übersandt. Außerdem ist das Gebiet westlich des Blum-Sees im Regionalplan nicht mehr als Kiesausbeutegebiet vorgesehen.

## **P r o t o k o l l**

**über die Beratungen in der Bauausschuss-Sitzung vom 17.06.2014.**

**Beginn: 18:00 Uhr**

**Ende: 21:00 Uhr**

Anwesend:

1. Bürgermeister Bernhard Ruß
2. Bgm. Gerhard Zösch (als Vertreter für Gemeinderat Robert Wagner)  
die Gemeinderäte/-in Doris Kümmel, Bastian Hümmer, Dr. Jörg Kümmel und Klaus Ullrich;  
entschuldigt: Gemeinderat Robert Wagner

als Gäste:

Gemeinderat Heiner Schmitt  
Architekt Jürgen Rebhan (nur zu TOP 1)

VA Mathias Klauda, Hauptverwaltung und VA Norbert Böhm, Bauverwaltung

#### **TOP 3. Kiesausbeute durch die Fa. SKD Dotterweich**

Bgm. Ruß berichtet, dass am 8.7.14 ein weiterer Besprechungstermin mit der Fa. Dotterweich und den Fachbehörden über eine Ausweisung des Kiesausbeutegebietes nordöstlich von Sand in Richtung Westen anberaumt ist. Um seinen Verhandlungsspielraum abzuklären, bittet er um Klärung, ob an den bisherigen Beschlüssen festgehalten wird oder Zugeständnisse gemacht werden können.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, dass an den bisher gefassten Beschlüssen, welche eine Ausweitung nach Westen zur Gemeinde hin allgemein ablehnen, weiterhin festgehalten wird, eine Zustimmung für die geplante Ausweitung kann nicht in Aussicht gestellt werden.

- 6:0 -



**Ergebnisprotokoll der Besprechung zum geplanten Quarzsandabbau der Fa. Sand- und Kieswerke Dotterweich GmbH am 08.07.2014 in Sand am Main**

**Teilnehmer**

Fa. Sand- und Kieswerke Dotterweich GmbH: Herr Thomas Dotterweich

Gemeinde Sand am Main: Herr Bgm. Ruß

Gemeinde Sand am Main: Herr Klauda

Stadt Zeil am Main: Herr Bgm. Stadelmann

Stadt Zeil am Main: Herr Fensel

LRA Haßberge: Herr Janik (Wasserrecht und Naturschutz) und

LRA Haßberge: Herr Husslein (Naturschutz)

WWA KG: Herr Schneider

RvOfr., Bergamt Nordbayern: Herr Grundmeier

RvUfr., SG 24: Frau Steppich

RvUfr., SG 24: Frau Weber

**Ziel der Besprechung**

Der nun vorliegende, erneut veränderte Flächenvorschlag (ca. 23 ha) von Herrn Dotterweich, soll nochmals diskutiert sowie die notwendigen Verfahrensschritte, insbesondere die Notwendigkeit der Durchführung eines Raumordnungsverfahrens (Fläche liegt außerhalb von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Bodenschätze), zu klären sind.

### Kommunale Planungshoheit

Aus Sicht der Gemeinde Sand am Main könne auch der neue Flächenvorschlag nach Aussage des Bgm. Ruß nichts an der ablehnenden Haltung der Gemeinde (inkl. Bauausschuss und Gemeinderat) ändern. Die Bevölkerung stehe weiteren Wasserflächen sehr stark ablehnend gegenüber. Die Angst vor Hochwasser im Siedlungsgebiet von Wörth sei sehr groß. Mit einer weiteren abbaubedingten Wasserfläche könne sich, so die Befürchtungen in der Bevölkerung, die Hochwassersituation noch verschlimmern (stärkere Fließgeschwindigkeit, höhere Pegelstände). Die Gemeinde habe zudem mit vielen Baggerseen (Altabbaustellen), einer Autobahn, einer 380-kV-Leitung sowie zwei Naturschutzgebieten auf ihrem ohnehin sehr kleinen Gemeindegebiet hohe Flächenverluste hinnehmen müssen. Auch wenn Verständnis für die Erweiterungsabsichten der SKD bestehe, könne doch die Gemeinde diesen Schritt zum Schutz ihrer Bevölkerung nicht unterstützen. Bgm. Stadelmann, Stadt Zeil am Main, betont ebenfalls die starke Angst der Bevölkerung in Wörth vor weiteren Wasserflächen, die die Hochwassersituation verschlimmern könnten. Das Maintal in diesem Bereich würde zudem oft nur noch als „Wasserwüste“ empfunden.

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **über die Beratungen und Beschlüsse der Gemeinderatssitzung am 5.8.2014**

**Beginn: 19 Uhr**

**Ort: Sitzungssaal**

**Ende: 21.20 Uhr**

### **Ö 5. Information zum Stand der geplanten Erweiterung der Kiesausbeute nordöstlich Sand**

**Anlage 3**

Bürgermeister Ruß informiert über den Besprechungstermin am 8.7.2014 zu einer möglichen Erweiterung der Kiesausbeutefläche "nordöstlich Sand".

Er trägt die Stellungnahme der Gemeinde in dieser Besprechung vor:

Aus Sicht der Gemeinde kann auch der neue Flächenvorschlag nichts an der ablehnenden Haltung der Gemeinde (inkl. Bauausschuss und Gemeinderat) ändern. Die Bevölkerung steht weiteren Wasserflächen sehr stark ablehnend gegenüber. Die Angst vor Hochwasser im Siedlungsgebiet von Wörth ist sehr groß. Mit einer weiteren abbaubedingten Wasserfläche kann sich, so die Befürchtungen in der Bevölkerung, die Hochwassersituation noch verschlimmern (stärkere Fließgeschwindigkeit, höhere Pegelstände).

Die Gemeinde hat zudem mit vielen Baggerseen (Altabbaustellen), einer Autobahn, einer 380-kV-Leitung sowie zwei Naturschutzgebieten auf ihrem ohnehin sehr kleinen Gemeindegebiet hohe Flächenverluste hinnehmen müssen. Auch wenn Verständnis für die

Erweiterungsabsichten der SKD besteht, kann doch die Gemeinde diesen Schritt zum Schutz ihrer Bevölkerung nicht unterstützen.

Herr Schneider vom Wasserwirtschaftsamt hat ausführlich klargestellt, dass der Hochwasserschutz Vorrang hat und sich in keinem Fall eine Verschlechterung ergeben darf. Hierzu sind entsprechende Berechnungen durchzuführen. Die Hochwassersituation kann auch durch künstliche Dämme beeinflusst werden, so Herr Schneider. Bürgermeister Ruß sprach sich gegen künstliche Dämme aus, da diese die Gefahr bergen, nicht rechtzeitig errichtet zu werden. Außerdem stellt sich die Frage nach dem Unterhalt der Dämme wenn die Firma Dotterweich die Betriebsstätte aufgibt.

Die Regierung von Unterfranken wird, wenn ein entsprechender Antrag gestellt wird, ein vereinfachtes Raumordnungsverfahren durchführen in dem das bergrechtliche Verfahren integriert wird.

GR Schmitt macht darauf aufmerksam, dass sich durch weitere Wasserflächen auch die Gänseplage verschärfen wird.

GR Zösch verliest ein Schreiben von Sander Bürgern an den Gemeinderat, das er vor der Sitzung erhalten hat (**Anlage 3**) und übergibt eine Kopie davon an Bürgermeister Ruß.

GR Paul Hümmer stellt fest, dass Bürgermeister Ruß schon vor vielen Jahren eine Vorrangfläche für Kiesausbeute in der Wörther Flur verhindert hat. Mit einer Vorrangfläche hätte die Firma SKD einen Anspruch auf Ausweisung einer Kiesausbeutefläche.

- Fränkischer Tag  
 Haßfurter Tagblatt

- Bote vom Haßgau  
 Neue Presse

- Süddeutsche Zeitung

Thema: Bürgerversammlung 2015

# Sand ist gegen neuen Kiesabbau

**LANDSCHAFT** Bei der Bürgerversammlung wurde Widerstand gegen mögliche weitere Ausbeuteflächen deutlich. Allerdings liegt derzeit kein entsprechender Antrag vor. Die Gemeinde sieht auch die Grundstücksbesitzer in der Verantwortung.

VON UNSEREM MITARBEITER ALFONS BEUERLEIN

**Sand** - Ein heftig diskutiertes Thema bei der Bürgerversammlung in Sand am Dienstagabend war die Kiesausbeute nordöstlich von Sand. Das Problem sprach Volkmar Krines an. Er hatte gefragt, wie weit die Flur noch ausgebeutet und in Wasserflächen umgewandelt werden soll.

Auch Thomas Hofmann fragte nach, wie der Stand der von der Firma SKD Dotterweich beabsichtigten weiteren Kiesausbeute ist. Er wollte wissen, wie sich die Gemeinde verhält. Er trat vehement für den Erhalt der Sander Flur ein: „Wasserflächen haben wir in Sand schon genug“, sagte er.

## Bisher kein Antrag

Bürgermeister Bernhard Ruß (SPD) erklärte, dass das derzeit genehmigte Kiesausbeutegebiet das letzte sei, für das eine Abbaugenehmigung bestehe. Ob es in Zukunft weitere gibt, könne man nicht sagen, da von der Firma Dotterweich kein weiterer Antrag vorliegt.

Er machte jedoch deutlich, dass die Gemeinde Sand, der Gemeinderat und er selbst schon mehrfach und unmissverständlich ihre ablehnende Haltung gegen eine weitere Kiesausbeute nordwestlich von Sand bekannt



„Wasserflächen haben wir genug“, stellten Sander fest und sprachen sich gegen eine weitere Kiesausbeute in der Flur aus.

Foto: Alfons Beuerlein

gegeben haben. Eine Verantwortung in dieser Frage sieht er auch bei den Grundstückseigentümern, denn wenn die ihre Grundstücke nicht an die Kiesausbeutefirma veräußern, könne diese auch nicht tätig werden. Einige Bürger sprachen die Stra-

ßenschäden an, die durch den Schwerlastverkehr beim Kiesabbau verursacht wurden. Dazu teilte Ruß mit, dass die Schäden katalogisiert wurden und die Firma nach Abschluss der Ausbeute zur Wiederherstellung verpflichtet ist.

Mark Werner fragte nach, wie nah man den Kiesabbau an die Flurstraßen heranführen darf, ohne Gefahr zu laufen, dass die Wege durch die tiefgründigen Ausbaggerungen abrutschen. Ruß erklärte, dass der Mindestabstand zehn Meter beträgt. Er

dürfe nur in Ausnahmefällen kurzfristig unterschritten werden, und auch nur dann, wenn die Bereiche nach der Ausbeutung sofort wieder verfüllt werden. Die Einhaltung dieser Vorgaben werden laut Ruß durch das Landratsamt überprüft.